

BUND begrüßt nächtliches

Tempolimit für die B8 in Glashütten

Glashütten (kw) – Die Straßenverkehrsbehörde des Hochtaunuskreises hat der Gemeinde Glashütten und dem Ortsverband Königstein/Glashütten des BUND mitgeteilt, dass das Regierungspräsidium Darmstadt einer Geschwindigkeitsreduzierung für die B8 in der Ortsdurchfahrt von Glashütten zwischen den Einmündungen „Hochstraße“ und „Schloßborner Weg“ auf 30 km/h zwischen 22 und 6 Uhr zugestimmt habe. Die verkehrsbehördliche Anordnung zur Umsetzung dieser Maßnahme bzw. zum Aufstellen der entsprechenden Verkehrszeichen ist am Mittwoch, den 11.11.2020 an Hessen Mobil zugestellt worden.

Der BUND begrüßt diese Entscheidung als einen ersten wichtigen Schritt zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen, hält diesen jedoch noch nicht für ausreichend. Gerade zur Nachtzeit sei es unverzichtbar, dass die Menschen in ausreichendem Maß vor Verkehrslärm geschützt werden, zur Ruhe kommen und Schlaf finden können. Der Ortskern von Glashütten sei teilweise dicht bebaut, zahlreiche Wohnhäuser entlang der Ortsdurchfahrt ständen nahe am Straßenrand. Für die betroffenen Bewohner wirke es sich als besonders schwerwiegend aus, dass die Lärmemissionen die Hausfronten fast ungemindert trafen. Hinzu kämen die Erschütterungen durch schwere LKW, die zu Schäden an den Häusern führten. Leerstände, auch über längere Zeit hinweg, zeugten von dieser Situation, obwohl die Limburger Straße (B 8) das Herzstück der Kerngemeinde Glashütten sei. Das Ortsbild leide, da die Eigentümer unter diesen Voraussetzungen kaum bereit seien, in die Erneuerung ihrer Immobilie zu investieren.

Vor bereits zehn Jahren habe die Lokale Agenda 21 Glashütten dieses Problem identifiziert und anhängig gemacht.

Der BUND und die Lokale Agenda 21 Glashütten hätten sich aus den genannten Gründen nochmals im Mai 2019 in einem Schreiben an die Straßenverkehrsbehörde dafür eingesetzt, dass die Geschwindigkeit entlang der gesamten Ortsdurchfahrt von Glashütten auf Tempo 30 (auch tagsüber) vermindert werde und außerdem ein nächtliches LKW-Durchfahrtsverbot gelte. Damit würde auch ein Beitrag zur Verkehrssicherheit im Bereich

der Grundschule Glashütten und entlang der engen und dicht bebauten Ortsdurchfahrt geleistet. Sie hätten sich dabei vor allem auf die EU-Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Umgebungslärmrichtlinie) berufen; danach sei es notwendig, „schädliche Auswirkungen, einschließlich Belästigung, durch Umgebungslärm zu verhindern, ihnen vorzubeugen oder sie zu mindern.“

Zur Umsetzung der Ziele der Umgebungslärmrichtlinie führe das Land Hessen eine Lärmaktionsplanung durch. Im Lärmaktionsplan Hessen 3. Runde (Teilplan Regierungsbezirk Darmstadt) – Stand 4. Mai 2020 werde nicht nur die hier angesprochene Lärmschutzmaßnahme, sondern eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen in Glashütten, Königstein und den anderen Gemeinden des Hochtaunuskreises behandelt; Einzelheiten könnten auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Darmstadt (www.rp-darmstadt.hessen.de) nachgelesen werden. Unter anderem solle für den Bereich der Stadt Königstein die in der 2. Öffentlichkeitsbeteiligung neu eingebrachte Forderung nach einem LKW-Durchfahrtsverbot im Anschluss an die Veröffentlichung des Lärmaktionsplans bearbeitet und das Ergebnis im Lärmaktionsplan der 4. Runde dargestellt werden.

Der BUND werde sich weiterhin für die Minderung des gesundheitsschädigenden Verkehrslärms in Königstein und Glashütten engagieren. Wichtig sei aus seiner Sicht zunächst, dass die für die Ortsdurchfahrt in Glashütten vorgesehene Maßnahme zügig umgesetzt werde. Darüber hinaus werde er vor allem das Thema eines (ggf. auch nur nächtlichen) LKW-Durchfahrtsverbots weiterverfolgen. Ein solches Durchfahrtsverbot entlang der B 8 müsse sinnvollerweise für einen längeren Streckenabschnitt gelten; etwa von Königstein bis Esch oder bis nach Bad Camberg.

Nach Auffassung des Umweltverbandes könnte mit geeigneten Maßnahmen zur Verringerung von Lärm und Abgasen an Bundes- und Landesstraßen rasch die Wohnsituation der geplagten Anwohner verbessert und zugleich dem politischen Druck, umweltzerstörende Umgehungsstraßen zu bauen, der Boden entzogen werden.